

Allensbach-Studie: 72 % der mittelständischen Familienunternehmen befürworten neue Rechtsform

Spitzen-Politik zeigt sich offen

Berlin, 5. Mai 2021: Eine neue Allensbach-Studie zeigt den immensen Bedarf an einer weiteren Nachfolge-Option für den deutschen Mittelstand. 72 Prozent der befragten Familienunternehmen befürworten demnach eine neue Rechtsform für „Verantwortungseigentum“, bei dem Gewinne nicht von den Eigentümer:innen zu persönlichen Zwecken entnommen werden können, sondern dem Unternehmen zugute kommen. Bei einer Veranstaltung in Berlin stellt Allensbach-Chefin Renate Köcher die Ergebnisse vor. Dazu äußerten sich die Spitzen der Bundespolitik: Armin Laschet und Olaf Scholz, die Kanzlerkandidaten von Union und SPD, Robert Habeck und Christian Lindner, die Parteichefs der Grünen und der FDP, sowie Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier.

Robert Habeck, der Co-Bundesvorsitzende der Grünen, machte sich erneut stark für die Sache: „Eine Gesellschaft mit gebundenem Vermögen halte ich für einen vielversprechenden Ansatz, um sicherzustellen, dass Gewinne der Unternehmensentwicklung dienen. Die Ausrichtung auf den Unternehmenszweck gibt den Raum und die Freiheit, langfristig und im Sinne der unterschiedlichen Stakeholder erfolgreich unternehmerisch tätig zu sein. Und das ist aus meiner Sicht ein relevanter Baustein im Sinne einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft.“ Die Grünen haben die Forderung nach einer neuen Rechtsform bereits [in den Entwurf ihres Wahlprogramms aufgenommen](#). Die Chancen, dass es in der nächsten Legislaturperiode eine neue Rechtsform auf den Weg gebracht werde, schätzte Habeck als gut ein. Er könne zwar nichts versprechen, sagte aber: „Wir werden diesen Punkt in möglichen Sondierungsgesprächen und auch Koalitionsverhandlungen aufs Tableau heben.“

Als Unternehmen in Verantwortungseigentum, unterstützt einhorn die Forderung nach einer neuen Rechtsform. Einen entsprechenden Aufruf an die Bundesregierung, initiiert von der Stiftung Verantwortungseigentum, haben inzwischen rund 1.200 Unternehmer:innen sowie insgesamt nahezu 2.000 Unterstützer:innen unterschrieben.

einhorn ist überzeugt, dass Unternehmen einen gesellschaftlichen Beitrag leisten müssen. Daher setzt sich das Start-Up seit Gründung für nachhaltiges Wirtschaften ein. Die Wandlung ins Verantwortungseigentum im Jahr 2019 war dementsprechend ein logischer Schritt für beide Gründer und alle Mitarbeitenden.

Allensbach-Studie: 37 % der Mittelständler mit offener Nachfolge-Frage

Die repräsentative Allensbach-Studie im Auftrag der Stiftung Verantwortungseigentum untermauert den großen Bedarf an einer neuen Rechtsform. 417 mittelständische Familienunternehmen wurden dazu befragt. Mehr als Drittel von ihnen (37 %) hat den Übergang in die nächste Generation noch nicht geregelt – obgleich in den kommenden Jahren die Nachfolgefrage akut wird. Dabei halten insgesamt nur 10 Prozent einen Verkauf für ideal, während für 33 Prozent ein führender Mitarbeiter eine gute Lösung wäre. Für diese Unternehmen kann Verantwortungseigentum eine passende Option sein, auch weil immer

seltener Nachfolgerinnen oder Nachfolger innerhalb der genetischen Familie gefunden werden.

Verantwortungseigentum als Lösung für die Nachfolge-Frage: 42 % der Familienunternehmen können sich das vorstellen

57 Prozent der befragten Familienunternehmen „halten Verantwortungseigentum grundsätzlich für eine gute Lösung“, heißt es in der Studie. Als Vorteile sehen sie den Erhalt der Selbstständigkeit auch unabhängig von der Familie (74 Prozent) sowie die Tatsache, dass Gewinne und Vermögen dem Zweck dienen und „nicht ohne Gegenleistung entnommen werden können“ (80 Prozent Zustimmung). Insgesamt 42 Prozent der Befragten können sich grundsätzlich vorstellen, ihr eigenes Unternehmen in Verantwortungseigentum „fortzuführen bzw. zu übergeben“.

Entsprechend stößt das Vorhaben, eine neue Rechtsform für Verantwortungseigentum einzuführen, auf breite Zustimmung: 72 Prozent der befragten Familienunternehmen befürworten die Einführung einer Rechtsform für Verantwortungseigentum – unabhängig davon, ob diese Eigentumsform als Nachfolgeregelung für das eigene Unternehmen in Frage kommt oder nicht. Nur 15 Prozent halten eine Rechtsform für nicht sinnvoll. Allensbach-Chefin Renate Köcher sagte zu der Unternehmensbefragung: „Die Ergebnisse zeigen, dass die langfristige Sicherung des Unternehmens die meisten Familienunternehmen intensiv beschäftigt und dass sie mehr Optionen haben möchten, um diese Zukunft nach ihren Vorstellungen zu regeln.“

„Es muss mehr Menschen wieder Spaß machen, ein Unternehmen zu führen“

Die Familienunternehmerin und mehrfache Gründerin Verena Pausder überzeugt die Studie: „Es geht darum, die traditionellen Werte von Familienunternehmen – Langfristigkeit, Beständigkeit – abzusichern, auch unabhängig von der Familie. Das bietet dem Mittelstand einfach eine weitere sehr gute Option für die Regelung der Nachfolge. Und es gibt Startup-Gründern die Möglichkeit schon bei der Gründung zu signalisieren, dass es ihnen um langfristiges Wirtschaften und nicht um den schnellen Exit geht. Das ist sehr wertvoll.“

Prof. Dr. Lars Feld, bis Februar Chef der „Wirtschaftsweisen“, erklärte die Vorteile einer neuen Rechtsform aus ökonomischer und ordnungspolitischer Sicht. Treuhändisches Eigentum sei im Grunde gar nichts Neues und werde schon lange erfolgreich gelebt, beispielsweise von Bosch, Mahle oder Zeiss. „Es würde ja niemand gezwungen, die neue Gesellschaftsform mit gebundenem Vermögen zu wählen. Aber die, die eine solche Form wählen wollen, sollten das auch können. Die Einführung einer neuen Rechtsform ist aus ordnungspolitischer Sicht absolut zu begrüßen. Damit würde die unternehmerische Freiheit erweitert. Denn die Bürokratiekosten, die bei Stiftungslosungen oft entstehen und für kleinere und mittlere Unternehmen ein Problem sind, könnten mit einer neuen Rechtsform gesenkt werden. Das würde Chancengleichheit zwischen verschiedenen Unternehmensmodellen herstellen und so die Vielfalt und den Wettbewerb in der sozialen Marktwirtschaft stärken. Und aus liberal-ökonomischer Sicht könnte man das zugrunde liegende Prinzip als ein meritokratisches bezeichnen: Der Zugang zum Eigentum an der Verantwortung öffnet sich für diejenigen, die für die Entwicklung des Unternehmens am besten passen, unabhängig von familiärer Herkunft oder Kaufkraft.“

Friedrich Merz, den Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet vor einigen Tagen in sein Wahlkampfteam holte, zeigte sich ebenfalls offen für die Idee. Bereits in der [Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 2. Mai hatte Merz erklärt](#): „Ich begrüße die Initiative für eine neue Rechtsform, die dem entscheidenden Anliegen des Werterhalts des Unternehmens in der Familie Rechnung trägt.“ Merz fügte nun hinzu: „Wir brauchen für eine neue Gründerzeit und für die Nachfolgeregelung in bestehenden Unternehmen Vielfalt und neue Optionen, die Mittelstand und Start-ups von unnötiger Bürokratie entlasten und die besonders der jungen Generation Chancen und Perspektiven in der Selbständigkeit geben. Es muss in Deutschland wieder mehr Menschen Spaß machen, ein Unternehmen zu führen. Wir sollten deshalb in der nächsten Legislatur daran arbeiten, dafür gute Lösungen zu finden.“

„Dezentrale Soziale Marktwirtschaft stärken“

Für die Stiftung Verantwortungseigentum, bei der einhorn Mitgliedsunternehmen ist, war die Veranstaltung ein voller Erfolg. „Das große Ausmaß des Zuspruchs für eine neue Rechtsform freut uns sehr“, sagte Vorstand Dr. Till Wagner. Seit November 2019 setzt sich die Stiftung Verantwortungseigentum für bessere rechtliche Rahmenbedingungen für treuhändisches Eigentum ein und vernetzt Unternehmen in Deutschland, deren Eigentumsstruktur entsprechend aufgestellt ist. Für ihren politischen Einsatz für eine neue Rechtsform steht sie mit allen demokratischen Parteien in regelmäßigem Austausch. „Unser Vorhaben ist überparteilich zu verstehen“, erklärt Wagner. „Als ein wichtiger Baustein, um langfristig orientiertes Unternehmertum und unabhängige Unternehmen über die bestehenden Modelle hinaus breit zu ermöglichen. Und damit eine dezentral organisierte Soziale Marktwirtschaft nachhaltig zu stärken.“

Armin Steuernagel, ebenfalls Vorstand der Stiftung, begrüßte daher, dass die Politik sich des Themas immer mehr annehme: „Vor einem halben Jahr haben noch viele kritisch und ungläubig auf unsere Initiative gesehen, obwohl schon damals auch mit Kramp-Karrenbauer und Klingbeil positive Resonanz vorhanden war. Vor allem die Familienunternehmer-Verbände waren aber kritisch. Nun zeigt sich: Unabhängig davon, was die Hauptstadt-Büros der Familienunternehmerverbände denken, die Umfragen sprechen eine klare Sprache. Die Familienunternehmen stehen ganz klar hinter der Rechtsform. Also sind nicht nur wir, sondern auch sehr viele mittelständische Unternehmen gespannt, ob sich nach der Bundestagswahl eine politische Mehrheit für eine neue Rechtsform ergeben wird.“

Weitere Informationen

Über das Thema Verantwortungseigentum und den Gesetzentwurf ist bereits breit berichtet worden, zuletzt in der [FAS](#), zuvor [auf einer ganzen Seite in der FAZ](#), in einem großen [Gastbeitrag der Wirtschaftsprofessoren Bruno Frey und Lars Feld in der WELT](#), außerdem in der [Süddeutschen Zeitung](#), auf der Titelseite des [Handelsblatts](#), im [Spiegel](#) und vielen mehr.

Kontakt einhorn:
Markus Wörner
einhorn products GmbH
Skalitzer Str. 100
10997 Berlin
markus@einhorn.my